

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #31/2016

8. Oktober 2016

Die Fragen stellte Esther Gardei-Schilling, Politikstudentin aus Bonn.

Esther Gardei-Schilling:

Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche reisen Sie nach Afrika, genauer: nach Äthiopien, Niger und Mali. Warum genau jetzt?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ich habe einen Anlass: Das ist die Einweihung des Julius-Nyerere-Gebäudes in Addis Abeba. Das ist ein Gebäude für den Sicherheitsrat, kann man sagen, der Afrikanischen Union; ein Gebäude für Frieden und Sicherheit. Und ich verbinde das mit einer Reise nach Mali und Niger. Alle drei Länder – Äthiopien, Mali und Niger – sind Länder, mit denen die Europäische Union jetzt auch eine Migrationspartnerschaft aufgenommen hat. Aber der Anlass ist eben die Einweihung dieses Gebäudes. Und das zeigt – Deutschland hat dieses Gebäude finanziert; es ist eine Mischung aus deutscher Baukunst und natürlich auch lokalen Einflüssen –, dass wir uns für die Sicherheit und den Frieden in Afrika einsetzen; dass aber auch die Afrikanische Union zunehmend die Dinge in die Hand nimmt und ihrerseits dafür sorgt, dass Konflikte gelöst werden können – auch mit eigenen Truppen, mit eigenen Friedensbemühungen und Vermittlungsbemühungen. Und wir unterstützen die Afrikanische Union natürlich bei genau diesem Ziel, selber die Geschicke in die Hand zu nehmen. Wir wissen: Es gibt leider noch viele Unruheherde in Afrika. Aber die Afrikanische Union hat hier ihren Anspruch geändert und geht heute sehr viel selbstbewusster an die Lösung dieser Konflikte heran.

Sie bekommen nächste Woche auch Besuch aus Afrika: vom Präsidenten Nigerias, Muhammadu Buhari, und vom Präsidenten des Tschad, Idriss Déby. Déby ist dieses Jahr auch Präsident der Afrikanischen Union, die Sie schon angesprochen haben. Welche Rolle spielt denn die Afrikanische Union als politischer Partner für Sie?

Die Afrikanische Union spielt eine sehr wichtige Rolle. Deshalb freue ich mich auch auf den Besuch des Präsidenten der Afrikanischen Union, Herrn Déby. Ich habe mit ihm bereits gesprochen, und wir werden miteinander natürlich die Programmatik seiner Präsidentschaft bereden. Ich glaube, dass wir uns noch sehr viel stärker für die Geschicke Afrikas interessieren müssen; das Wohl Afrikas liegt im deutschen Interesse. Und die Afrikanische Union ist natürlich ein Gesprächspartner mit der Europäischen Union; das heißt, wir können hier die Dinge auch gemeinsam besprechen. Afrika wird als Nachbarkontinent von Europa an Bedeutung zunehmen. Es ist ein junger Kontinent, ein Kontinent mit einem großen Bevölkerungswachstum – die Bevölkerung wird sich in den nächsten 35 Jahren verdoppeln, von 1,3 Milliarden Menschen auf 2,6 Milliarden. Es liegt in unserem wohlverstandenen Interesse, eine gute Entwicklung Afrikas zu begleiten, wengleich die Länder natürlich auch ihren eigenen Beitrag zu guter Regierungsführung leisten müssen. Und auch darüber werde

ich natürlich mit beiden Präsidenten – und bei meinen Besuchen in Afrika – sprechen.

Zu den Zielen Ihrer Afrikapolitik gehört auch die Bekämpfung der Fluchtursachen. Wie ist denn das Verhältnis der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit und der Fluchtursachenbekämpfung? Müssen da Versäumnisse nachgeholt werden?

Erstens werden wir unsere Entwicklungszusammenarbeit natürlich fortsetzen. Aber wir müssen uns auch immer wieder fragen: Zeigt sie die richtigen Früchte, und was müssen wir ergänzend tun? Deutschland hat im nächsten Jahr die G20-Präsidentschaft, und in diesem Zusammenhang wird Afrika auch eine wichtige Rolle spielen, auch bei den Finanzministern. Und es wird vor allen Dingen darum gehen, auch, neben der klassischen Entwicklungshilfe, gute Investitionsbedingungen für private Investitionen zu schaffen. Denn alleine mit staatlichen Unterstützungen wird man die Entwicklung eines ganzen Kontinents nicht voranbringen können. Das heißt, wir müssen Rahmenbedingungen für bessere Möglichkeiten schaffen, dass auch private Investoren in Afrika investieren; das wird einer der zentralen Punkte sein. Es geht also nicht um Kritik an dem, was wir bisher gemacht haben, sondern es geht um Ergänzungen.

Nochmal zu den Fluchtursachen. Die Vereinten Nationen warnen: In den Staaten Niger, Nigeria, Tschad und Kamerun benötigen mehr als neun Millionen Menschen dringend Nahrungsmittelhilfe. Der Konflikt mit der Terrororganisation Boko Haram betrifft inzwischen all diese Staaten, Felder können aufgrund der Kämpfe nicht bewirtschaftet werden. Die Not ist sehr groß. Kann die Bundesregierung hier helfen? Geht das von außen überhaupt?

Also erst einmal ist die Situation um den Tschadsee in der Tat dramatisch. Es sind viele, viele Millionen Menschen, die vom Tschadsee leben. Der Tschadsee selber schrumpft. Und Boko Haram treibt dort auch eine brutale Politik der Vernichtung, so dass wir uns darum kümmern müssen, dass die UN-Programme nicht so dramatisch unterfinanziert sind. Das wird auch ein Teil der Gespräche sein, die ich dort führe. Natürlich kann Deutschland nicht alle Probleme alleine lösen, sondern wir brauchen eine Gemeinschaftsanstrengung. Aber ähnlich wie wir es im Zusammenhang mit Syrien, Jordanien und Libanon hatten, sind auch hier – in Afrika – leider die Welternährungsprogrammtitel unterfinanziert. Und ich werde mir anschauen, mit wem wir gegebenenfalls kooperieren können, um hier noch zusätzliche Anstrengungen zu leisten.